

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 016/2013 (FD)

Interpellation Fraktion SVP: Klimatisches Verhältnis zwischen der Kantonalen Solothurner Steuerverwaltung und seinen Steuerzahlenden (16.01.2013)

Das Klima zwischen der Solothurner Steuerverwaltung und den juristischen und natürlichen Steuerzahlenden hat sich nachweislich verschlechtert. Die Steuerverwaltung hat in diversen Bereichen durch ihre Handlungen und Aktionen ein unfreundliches Klima geschaffen. Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus verschiedenen Fraktionen wurden bereits von verschiedenen Seiten auf diesen unschönen Umstand hingewiesen. Selbst in der kantonsrätlichen Finanzkommission wurde schon über den unfreundlichen Umgang mit den Steuerzahlenden im Kanton Solothurn diskutiert. Eine Steuerverwaltung, welche ihre Steuerzahlenden mit Respekt und wie Kunden behandelt, trägt viel zur Förderung des Standortvorteils bei. In anderen Kantonen werden die Steuerpflichtigen mit gebührendem Respekt behandelt und die geltenden Steuergesetze trotzdem nicht verletzt. Ganz nach dem Motto: C'est le ton qui fait la musique.

In Konsequenz dessen bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum werden die Steuerpflichtigen im Kanton Solothurn nicht wie Kunden behandelt?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Gefahr, dass mit einem schlechten Image der Kantonalen Steuerverwaltung auch die Attraktivität für gute Steuerzahler, im Kanton zu verbleiben bzw. sich anzusiedeln, stark abnimmt?
3. Nachfolgend ein Beispiel aus vielen: Geschiedene Männer, die Alimente an Ex-Frauen zahlen, dürfen diese von den Steuern abziehen. Die Ex-Frauen müssen sie als Einkommen aufführen. Wenn nun in einem Steuerjahr eine Veränderung eintritt und der Ehemann mehr Alimente abzieht, die Ex-Frau diese aber nicht entsprechend als höheres Einkommen deklariert, wird im Kanton Solothurn automatisch und ohne Rückfrage die Angabe der Ex-Frau als richtig angenommen und die Differenz dem geschiedenen Mann aufgerechnet. Teilt der Regierungsrat die Feststellung der SVP, dass diese Praxis diskriminierend, männerfeindlich und künftig kriminalisierend ist? Wäre es nicht bürgerfreundlicher, bei Veränderungen von Unterhaltszahlungen zuerst Rücksprache zu nehmen?
4. Was gedenkt der Regierungsrat gegen den Imageschaden des Kantons Solothurn, welcher durch die Steuerverwaltung entstanden ist, zu unternehmen?
5. Was unternimmt die Regierung konkret, damit sich die Steuerpflichtigen des Kantons Solothurn wieder als Kunden fühlen?

Begründung (16.01.2013): schriftlich.

Unterschriften: 1. Manfred Küng, 2. Heinz Müller, 3. Leonz Walker, Samuel Marti, Fritz Lehmann, Beat Ehrensam, Rolf Sommer, Christian Imark, Colette Adam (9)